



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 5. bis 12. Mai)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(vom 5. bis 12. Mai)

Aus dem Staate Preußen

Gewalt und Geist — Verhalten der Sozialdemokraten — Besitzbefestigung — Das Ent-
eignungs-gesetz eine politische Gefahr

Wenn eine brutale Gewalt menschlichen Einrichtungen und Gesetzen gegenüber die Oberhand gewinnen kann, so ist das ein Zeichen dafür, daß die Kraft des Geistes nicht mehr ausreicht, um jene im Zaume zu halten; bei politischen oder sozialen Auseinandersetzungen ist es auch ein Beweis, daß sich die Waage in dem Verhältnis der Menschen und sozialen Gruppen zueinander stark verschoben haben: sie vermögen nach den früher geformten Gesetzen nicht mehr harmonisch zusammenzuwirken. Die Menschen sind gewohnt, diese Wahrheit auf allen Gebieten der Technik anzuerkennen, und mit emsigem Fleiß arbeiten die Geschlechter seit Jahrhunderten mit wachsendem Erfolg daran, das elementare Wirken der Natur in seinen Ursachen zu erkennen. Ob es sich um die Eindämmung von Strömen oder um die Ausbalanzierung eines Motors handelt — wir ergründen die lebendige Kraft und ihren natürlichen Willen, und sobald wir glauben sie erkannt zu haben, beginnen wir den Kompromiß mit der rohen Kraft vorzubereiten, um sie zu bändigen und in den Dienst des menschlichen Geistes zu stellen.

Ganz anders ist unser Verhalten den Gewalten gegenüber, die aus der Tiefe der breiten Volksmassen emporsteigen. Wir glauben die Neigungen unseres Volkes durch ewige Gesetze festlegen und dann die Nationen zwingen zu können, sich diesen Gesetzen entsprechend etwa wie die Obst tragende Pflanze am Spalier zu entwickeln.

Die Verfassung unseres Staates erscheint uns dabei als etwas Ewiges, Heiliges, und die Kräfte, die gegen sie wie Wellen an steinerne Bollwerke anprallen, sind wir schnell bereit, als Wirkungen einer bösen, stets verneinenden Gewalt zu erkennen. Damit aber verzichten wir von vornherein darauf, sie auf ihre inneren Ursachen hin zu untersuchen und begnügen uns, das „Böse“ mit Gewalt zu bekämpfen. Noch keine Regierung und keine Partei eines Zeitalters hat sich praktisch von solchem Vorgehen freimachen können, gleichgültig, ob sie sich konser-

vativ, liberal, clerikal oder sozialistisch nannte. Alle sind in dem Wahne, den Aufgaben der praktischen Tagespolitik gerecht werden zu müssen, unterlegen und haben, um dieser genügen zu können, reine „Machtpolitik“ treiben müssen. Darum aber erleben wir es, daß gerade auf politischem Gebiete so häufig und immer wieder Katastrophen eintreten, in denen sich der Geist, der die Staaten schuf, unfähig erweist, die mit elementarer Kraft emporkommende Gewalt abzufangen, zu bändigen und in den Dienst des Ganzen zu stellen.

Einer solchen Katastrophe stehen wir auch heute wieder gegenüber. Die gewalttätige Haltung des Sozialdemokraten Vorchardt im preußischen Abgeordnetenhaus, die widerlichen Szenen, die sich — aus den letzten Nebenumständen erklärlich — daran angeschlossen, bedeuten nicht mehr und nicht weniger als ein Versagen des Geistes gegenüber der Gewalt.

Es soll mit Vorstehendem selbstverständlich nicht beabsichtigt sein, das Verhalten der Sozialdemokratie in einem milderen Lichte erscheinen zu lassen. Ihr Vorgehen in der zweiten Kammer des preußischen Abgeordnetenhauses ist verwerflich. Auch in Preußen gibt es noch genug andere Mittel, die es ermöglichen, politischen Idealen die Wege zu ebnen. Die Presse ist bei uns so wenig in ihrer Meinungsäußerung beschränkt, daß sie nichts hindert, die öffentliche Meinung allmählich für die Ideale der Sozialdemokraten zu gewinnen, wenn diese sich als aufnahmefähig dafür erwiese; dasselbe gilt von der Bewegungs- und Redefreiheit in Vereinen und Versammlungen. Des revolutionären Weges, den die preußische Sozialdemokratie im preußischen Landtage betreten hat, bedurfte es nicht. Darum billigen wir auch das Verhalten des Präsidenten von Erffa; er hat sich in einer äußerst schwierigen Lage als ein umsichtiger, taktvoller und mutiger Mann erwiesen, der die Würde des Parlaments mit den einmal gegebenen unzulänglichen Mitteln so gut als irgend möglich wahrte. Im übrigen ist der Vorgang in der Geschichte des Parlamentarismus nicht neu. Selbst in England, das von unseren Liberalen so gern als Musterstaat hingestellt wird, hat sich der Präsident gelegentlich nicht gescheut, gegen Ruhestörer und zur Wahrung des parlamentarischen Ansehens die Polizei zu Hilfe zu rufen; an einem Tage geschah es sogar, daß siebenunddreißig Iren durch die Polizei abgeführt wurden. Das Einbringen der Polizei in den Sitzungssaal der Kammer darf somit nicht als spezifisch preußische Erscheinung aufgefaßt werden.

Wenn wir uns indessen in dem vorliegenden Falle selbst durchaus auf die Seite des Freiherrn von Erffa stellen, so möchten wir doch nicht, daß die führenden Kreise des Bürgertums über ihrer berechtigten Entrüstung gegen die Genossen den Kernpunkt der Katastrophe übersähen. Es handelt sich hier nicht allein um Form- oder Anstandsfragen, auch nicht um die Angelegenheit irgendeiner Partei, oder um eine solche lediglich des Bundesstaates Preußen; es handelt sich um eine nationale Frage, die losgelöst vom Parteiinteresse alle deutschen Staatsbürger tief berührt: um die Autorität des führenden Bundesstaates.

Es ist kein Zufall, daß die Katastrophe hereinbrach gerade gelegentlich der Behandlung der Besitzbefestigungsnovelle. Die preußische Regierung hat sich seit den vierziger Jahren noch niemals so kompromittiert, wie seit 1908 wiederholt in der Siedlungsfrage. Sie hat es verstanden, das große Friedens- und Kulturwerk der inneren Kolonisation zeitweilig dem Chauvinismus zu überlassen,

ohne in der Folge die Kraft zu besitzen, den Kampf auch dementsprechend zu führen. Die Verantwortung für das Enteignungsgesetz trifft zwar die gegenwärtig leitenden Männer in Preußen nicht, aber sie scheinen sich unter dem Druck der Verhältnisse doch nicht von den Fehlern ihrer Vorgänger freimachen zu können, und ihre Politik hat daher etwas Unwahrscheinliches, auf allen Seiten Mißtrauen Erzeugendes. Sie befinden sich in dieser Beziehung in der Gesellschaft jener Konservativen, die sich seinerzeit aus durchaus stichhaltigen Gründen nur unwillig zur Annahme des Enteignungsgesetzes bequemen und sich jetzt seiner Anwendung widersetzen. Es wäre verständlich gewesen, wenn die konservativen Großgrundbesitzer mutvoll den Standpunkt des Grafen Haejeler beibehalten und das Gesetz von 1908 zu Falle gebracht hätten. Doch scheint es, daß Rücksicht auf die national erregte Stimmung seinerzeit die Oberhand gewann. Nachdem sie aber das Gesetz einmal schaffen halfen, sollten sie, gerade vom Autoritätsstandpunkt aus, auch für seine Durchführung Sorge tragen. Sind aber ihre Bedenken gegen das Gesetz doch so stark geworden, daß sie die früheren Argumente, die sie zur Annahme bewogen, nicht mehr aufrecht erhalten, so sollten sie ihren früheren Fehler nachträglich einsehen und wieder gut machen, was gut zu machen ist. Wir würden einen solchen Entschluß für höchst wertvoll halten: er müßte zu der Frage führen, ob nicht die Annullierung des Enteignungsgesetzes heute eine größere nationale Tat wäre, als das formale Festhalten an ihm, bei gleichzeitiger Schaffung solcher Gesetze, die den Bedürfnissen der Nation besser Rechnung tragen. Die preussische Regierung würde viel Unruhe und viel Unbehagen beseitigen, wenn sie dies Ausnahmegesetz aus der Welt schaffte, das sie nicht anzuwenden wagt; sie würde in weiten Kreisen ihre Autorität zurück gewinnen, wenn sie den Kampf um den Boden wieder zurückbrächte auf das Gebiet, wo er hingehört, auf das wirtschaftspolitische. Beim gegenwärtigen Stande der einschlägigen Gesetzgebung ist der Kampf um den Boden vom wirtschaftlichen in das höhere, rein nationale Gebiet gehoben, was zur Folge hat, daß das wirtschaftliche Moment zu sehr in den Nebel geschoben wird. Man lege das Schwergewicht auf das Wort innere Kolonisation und sei stets eingedenk, daß die Landfrage außerhalb der Städte ebenso ein Kampfobjekt ist zwischen Großkapital und Nation, wie in den Städten. Dann wird man auch den richtigen Weg zum Erfolge finden und am Erfolge wird auch das Vertrauen auf die Regierung in den bürgerlichen Kreisen erstarken.

G. Cl.

Parteitagungen

Reichspartei, Freikonservative, Nationalliberale — Die Gegensätze — Mangel einander Parolen — Der Parteitag der Nationalliberalen — Die neue Stellung der Jungliberalen

Am Sonnabend und Sonntag fanden in Berlin Tagungen zweier Parteien statt, die beide für sich in Anspruch nehmen, das allgemein-staatliche, das nationale Wohl ganz besonders über alle Parteiinteressen zu stellen: die vereinigte Reichs- und freikonservative und die nationalliberale Partei. Die eine hielt nach den Wahlen zum ersten Male eine Sitzung ihres Gesamtvorstandes ab, die andere, die nationalliberale einen Parteitag nach vorausgegangener Sitzung des Zentralvorstandes. Die Sitzungen beider hatten das eine gemein: sie zeigten deutlich, daß beide Parteien noch nicht herausgekommen sind aus der Wahlkampf-

stimmung und daß beide noch immer glauben die besten Parteigeschäfte mit ausgiebiger Betonung des Imperialismus zu machen. Das sind aber auch, nach den gehaltenen Reden zu urteilen, die beiden einzigen einigenden Momente dieser nationalen Mittelparteien; was diese Reden sonst enthielten, führt sie diametral auseinander. Das ist drei Jahre nach dem Sammelruf des Herrn von Bethmann kein erfreuliches Ergebnis. Man wird aber auch kaum hoffen dürfen, die Gegensätze zwischen der konservativen Parteigruppe und der liberalen Partei bald verschwinden zu sehen. Zwischen beiden steht als unübersteigbare Binne der Turm des Ultramontanismus. Die Konservativen, die übrigens sonst von der Schädlichkeit des Zentrums ebenso überzeugt sind wie die Liberalen, nehmen den oportunistischen Standpunkt ein, der sie mit dem Zentrum zu paktieren heißt; die Nationalliberalen stehen mit verschwindend geringen Ausnahmen auf dem Standpunkte Bassermanns, der da heißt: „Hände weg vom Zentrum!“

In einer solchen Situation könnte nur eine große, die beiden Parteien einende Parole von dritter Seite, nämlich von der Regierung her, zusammenführen. Gibt es eine solche Parole? Ich fürchte, eine solche gibt es nicht, weil nach dem Bekenntnis des Freiherrn von Zedlitz und Bassermanns Herr von Bethmann in seiner Eigenschaft als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident es nicht vermocht hat, sich das Vertrauen beider Parteien zu erwerben: keine der Parteien würde es mit Rücksicht auf ihre Existenz wagen, der Fahne des Kanzlers zu folgen, weil niemand voraussehen könnte, wohin sie im Endergebnis kommen würde. Das darf man aus allen Reden, die hier und dort gehalten wurden, entnehmen. So ist denn aus den beiden Tagungen — betrachtet man sie vom unparteiischen nationalen Standpunkte — nichts positives herausgekommen! Kein Redner der beiden Parteien, so sehr auch alle die Regierung der Entschlußlosigkeit und Zagheit ziehen, hat irgendeinen Vorschlag gebracht, der zur Annahme seitens der Regierung geeignet wäre. Es waren viele schöne und scheinbar große Worte, aber man konnte von keinem sagen: es war eine Tat.

Etwas anderes ist es, ob die Tagungen für die Parteien selbst einen Gewinn brachten. Die Freikonservativen haben sich ausschließlich mit Organisationsfragen beschäftigt, über die nichts Näheres verlautet, und die eine breitere Öffentlichkeit wenig interessieren. Bei den Nationalliberalen ging es um den Bestand der Partei.

Die Vorgeschichte des Parteitages ist bekannt: Der Gesamtpartei wird seit langem vorgeworfen, sie entwickle sich zu stark nach links, und die Landtagsfraktion hat gemeinsam mit den Landesverbänden in Westfalen und in Schleswig die Vorgänge bei der Präsidentenwahl im Reichstage dazu benutzt, um eine Machtprobe zwischen Alt- und Jungliberalen herbeizuführen, die vielleicht eine Neuorientierung der Politik bewirken würde. Der Versuch ist nicht so geglückt, wie es seine Anreger glauben mochten. An der bisherigen Politik der nationalliberalen Partei wird nichts geändert und Bassermann ist nach wie vor Vertrauensmann der Mehrheit. Das äußere Ergebnis der Verhandlungen ist nun, daß die jungliberalen Landesorganisationen in Rechten und Pflichten mit den alten nationalliberalen Vereinen vollständig gleichgestellt sind, wobei ihnen aber das Sonderrecht gewahrt bleibt, sich außerhalb der Partei zu einem Reichsverbande zusammen zu schließen, der künftig keinen Teil der nationalliberalen Parteiorganisationen mehr bilden soll, und für dessen Auftreten und Äußerungen die

Leitung der Partei jede Verantwortung ablehnt. Mit Recht wurde diese Vereinbarung lediglich als ein Versuch bezeichnet. Wohin es die Partei führt, muß die Zeit lehren.

Einstweilen kann mitgeteilt werden, daß die jungliberalen Vereine sich bereits am Sonnabend Abend unter Vorsitz des Dr. Kauffmann - Stuttgart zu einem Reichsverbande zusammengeschlossen haben, und daß sich auch alle Vorbedingungen für die finanzielle Grundlage des Verbandes günstig anlassen. Es wird nun sehr von der Leitung des Verbandes abhängen, ob seine neue Organisation lebensfähig sein kann oder nicht. G. Cl.

Koloniales

Die Mischehen — Dr. Solfs Kolonialhaushalt — Diamantenfrage — Diamantenzoll — Lösung der Sonderfrage

Die Mischehen in den Kolonien haben durch eine im Reichstag mit starker Mehrheit beschlossene Resolution eine Sanktion erhalten, über die man sich im Auslande sicherlich diebisch amüsieren und sogar jeder einsichtige Missionar die Hände über dem Kopf zusammenschlagen wird. Zu unserem Glück ist aber dafür gesorgt, daß auf diesem Gebiet die Bäume des Machtbewußtseins und Doktrinarismus jener Mehrheit nicht in den Himmel wachsen, sntemalen die Resolution keine praktische Bedeutung hat und wohl auch nicht bekommen wird. Die Reichsgesetze schließen zurzeit eine von Staatswegen gültige Ehe zwischen Weißen und Eingeborenen in den Kolonien aus und die Gerichte haben diesen Standpunkt in einer Reihe von Fällen bestätigt. Bei einer Änderung des geltenden Rechts hat aber der Bundesrat ein gewichtiges Wörtlein mitzureden, und das wird sicher „Nein“ lauten. Im wesentlichen war das Zentrum und die Sozialdemokratie an dem Zustandekommen der Resolution beteiligt, und von beiden, deren Parteigrundlagen sich aus Gesichtspunkten internationaler Natur zusammensetzen, kann man natürlich nicht sonderlich viel Sinn für Rassegefühl erwarten. Jene Mehrheit bringt mit ihrer Resolution keineswegs den Willen der von ihr vertretenen Volksteile zum Ausdruck. Die Mehrheit unseres Volkes hat, trotz aller Reichstagsmehrheiten, noch ein gesundes Rasseempfinden, und der Gedanke, daß seine Kolonien in der Zukunft von einer Mischrasse bevölkert sein und, was die notwendige Folge wäre, das Blut seiner Nachkommen auch in der Heimat verderben könnte, wäre ihm sicherlich unerträglich.

Wenn feudale Zentrumsorkyphäen, wie einst, wieder einmal einen Nipundo Atwa als „Kronprinz von Kamerun, königliche Hoheit,“ in ihre Gesellschaft einführen wollen und etwa eine hochgräßliche oder fürsilliche Dame aus dem internationalen Zentrumsadel sich einem solchen schwarzen Gentleman ebenbürtig fühlt, weil er katholisch getauft ist, wenn Herr Roske und Herr Ledebour keinen Unterschied zwischen sich und einem Gottentotten gelten lassen wollen, so ist das Sache dieser Herrschaften; aber unsere Ansiedler in den Kolonien müssen es sich verbitten, daß eine zufällige Reichstagsmehrheit sich berechtigt fühlt, ihnen ihren Rassenstandpunkt aufzuzwingen.

Die Frage der Mischehen ist eine ureigenste Angelegenheit unserer kolonialen Vandsleute und ihrer Körperschaften, in Südwestafrika des Landesrats, in den anderen Kolonien der Gouvernementsräte bezw. der Ansiedlervereinigungen. In Südwest ist der Rassenstandpunkt der weißen Bevölkerung sogar schon öffentlich-

rechtlich festgelegt, indem diejenigen Ansiedler, die mit farbigen Frauen zusammenleben, von der Beteiligung an der Selbstverwaltung ausgeschlossen sind, ebenso von der Aufnahme in deutsche Vereine. Die Möglichkeit von Ausnahmen in geeigneten Fällen ist vorgesehen. Überdies befanden wir uns bisher in einem Übergangsstadium. In dem Maße, wie sich die weiße Bevölkerung durch Einwanderung von weißen Frauen ergänzt, wird auch die Entstehung von Mischlingen nachlassen.

Als jüngst der neue Staatssekretär Dr. Solf verfügte, daß in Samoa die Schließung von Ehen zwischen Weißen und Farbigen künftig nicht mehr zuzulassen sei, und zu erkennen gab, daß er sich die generelle Regelung der Rechtsverhältnisse der Mischlinge in den Kolonien angelegen sein lassen wolle, hatte er den vollen Beifall der öffentlichen Meinung. Er hat sich wohl nicht träumen lassen, daß diese Äußerung einer gesunden Kolonialpolitik im Reichstag einen derart verkehrten Widerhall finden würde. Hoffentlich wird Herr Dr. Solf auf seinem Standpunkt beharren; er wird sich dadurch ein dauerndes Verdienst erwerben. Ein Gesichtspunkt verdient noch besonders hervorgehoben zu werden. Bisher handelte es sich nur um Verbindungen zwischen weißen Männern und schwarzen Frauen, weiße Frauen dagegen waren für den Neger unerreichbar. Läßt man aber Mischehen von Rechts wegen zu, so kann der Neger auch seine Augen zu der weißen Frau erheben. Ein doppelt widerwärtiger Gedanke! Und wenn es auch auf beiden Seiten nur minderwertige Vertreter beider Rassen wären, die sich dann gelegentlich vereinigten, so würde das Ansehen der weißen Rasse doch ungeheuer darunter leiden. Die Frage hat darum eine tiefe politische Bedeutung!

Im übrigen hatte der neue Staatssekretär bei Vertretung seines ersten Kolonialhaushalts einen guten Reichstag. Herr Dr. Solf hat es meisterhaft verstanden, denjenigen den Wind aus den Segeln zu nehmen, die ihn mit einem gewissen Mißtrauen kommen sahen. Er will beiseite kein neues System einführen, sondern nach dem bewährten System seiner Vorgänger weiterarbeiten. Außerdem will er parteipolitische Strömungen aus der Kolonialpolitik ausschalten, weil, wie er richtig sagt, die heimische Parteigruppierung sich auf koloniale Verhältnisse gar nicht anwenden läßt. Wenn es nun auch aussah, als wollten ihm in dieser Richtung Zentrum und Sozialdemokratie durch ihre Mischehen-Resolution das Konzept verderben, so scheinen sich die Dinge im übrigen doch in seinem Sinne zu entwickeln. Alle Parteiredner betonten bei den letzten Etatsverhandlungen ihre Kolonialfreundlichkeit und die Sozialdemokraten verwahrten sich sogar ausdrücklich gegen den Verdacht, Kolonialgegner zu sein. Wer hätte das vor fünf Jahren gedacht?

Bei der Diamantenfrage sind wir insofern einen Schritt weiter gekommen, als diesmal eine Reform der Verwertung der Diamanten ernsthaft erörtert wurde, auf Grund positiver Angebote deutscher Interessenten. Zwar trugen die ausländischen Händler noch einmal den Sieg davon, weil die Diamantenregie sich hochbeinig zeigte und die Kolonialverwaltung in der Kürze der Zeit eine Klärung nicht herbeizuführen vermochte. Aber man darf wohl annehmen, daß bis zum nächsten Vertragsschluß die deutsche Konkurrenz des Antwerpener Diamantensyndikats in die Lage versetzt wird, wirklich am Wettbewerb teilnehmen zu können. Die Verteidigung der Diamantenregie gegen allzu scharfe Angriffe ist dem Staatssekretär

von manchen Seiten sehr verargt worden. Meines Erachtens gibt diese Gelegenheit aber keine Handhabe dafür, daß Herr Dr. Solf die unter Dernburg in mancher Hinsicht eingerissene großkapitalistische Monopolwirtschaft ebenfalls begünstigen will.

Die Frage des Diamantenzolls, die jüngst an dieser Stelle eingehend erörtert wurde, geht ihrer Lösung entgegen, nachdem die Kolonialverwaltung, wie aus einer dem Reichstag vorgelegten Denkschrift hervorgeht, der Kolonialgesellschaft für Südwestafrika bestimmte, wohl allen Teilen gerecht werdende Vorschläge unterbreitet hat.

An die Lösung der Inderfrage scheint sich sonderbarerweise kein Staatssekretär wagen zu wollen. Auch Herr Solf nicht, der sich wieder auf die Kongoakte berief, die es uns unmöglich mache, die Inder, die englische Untertanen sind, aus der Kolonie zu vertreiben. Davon spricht ja auch niemand. Was gefordert werden muß, ist lediglich eine schärfere Kontrolle der Inder. In erster Linie müßten diese, wie jeder Deutsche bei seiner Ankunft in Ostafrika, den Besitz einer bestimmten Geldsumme nachweisen können. Damit würde das massenhaft einwandernde indische Proletariat ferngehalten. Ferner widerspricht es der Kongoakte keineswegs, wenn die Inder, die es mit der Ehrlichkeit erwiesenermaßen gar nicht genau nehmen und Meister sind in der Pleiteindustrie, genau wie die deutschen Kaufleute zu einer geordneten Buchführung verpflichtet werden. Warum sollen wir denn englischer sein als die Engländer, welche die Inder, ihre eigenen Untertanen, aus guten Gründen nicht mehr nach Südafrika hereinlassen?

Rudolf Wagner

Bank und Geld

Der Geldmarkt — Diskontermäßigung und Börsenspekulation — Die Verlängerung des Stahlwerksverbandes — Die Aussichten der Montanindustrie — Kali

In der Gestaltung der Geldverhältnisse hat sich endlich ein erfreulicher und durchgreifender Wandel vollzogen. Der Monat April hat nachgeholt was seine Vorgänger versäumt hatten: es zeigte sich das ungewohnte Bild einer allgemeinen und stark ausgeprägten Geldflüssigkeit. Der Status der Reichsbank hat infolgedessen eine völlige Verschiebung erfahren. Am Monatsende stand das Institut kräftiger da, als man noch vor kurzem hätte ahnen können. Der Unterschied gegen das Vorjahr war verschwunden und hatte sich in ein Plus verwandelt. Unter diesen Umständen konnten auch die Ansprüche des Ultimo der Bank nicht viel anhaben: Die steuerfreie Notenreserve sank zwar wieder von 287 auf 58 Millionen, aber nur um im neuen Monat wieder kräftig in die Höhe zu schnellen. Die Geldsätze am offenen Markt haben sich dementsprechend stark ermäßigt; der Privatdiskont zeigt jetzt eine Spannung von $1\frac{1}{4}$ Prozent gegen den Banksatz. Es kann somit nicht Wunder nehmen, daß der Reichsbank jetzt von allen Seiten dringend der Wunsch nach einer Diskontermäßigung nahe gelegt wird. In der Tat scheinen nunmehr die Verhältnisse des Geldmarkts einer solchen Maßregel nicht mehr im Wege zu stehen. Hat doch auch die Bank von England, die bisher eine ebenso zögernde Diskontpolitik verfolgte, wie die Reichsbank, sich zu einer Ermäßigung ihres Sazes entschlossen und die große Differenz zwischen den Zinssätzen Deutschlands und Englands läßt es angängig erscheinen, die drückende Last des hohen Bankdiskonts etwas zu erleichtern. Die Wahrscheinlichkeit spricht daher

dafür, daß die Reichsbank den Zinsfuß im Laufe der kommenden Woche um ein halbes Prozent herabsetzen wird. Leicht wird indessen der Bankleitung der Entschluß nicht werden. Denn die Maßregel droht, die energischen Bestrebungen auf Beschränkung der Kredite und Eindämmung der Börsenspekulation, die sich der Reichsbankpräsident bisher hat angelegen sein lassen, zu durchkreuzen. Die Börsenspekulation hat im Laufe des letzten Monats wieder einen außergewöhnlichen Umfang erreicht. Die günstigen Konjunkturberichte haben nach dem Erlöschen des Bergarbeiterstreiks in England und Deutschland den Optimismus üppig ins Kraut schießen lassen. Die Kurse sind infolgedessen auf eine Höhe getrieben worden, die mit den tatsächlichen Verhältnissen nur schlecht in Einklang steht. Daher machen sich denn auch deutliche Zeichen einer Überspannung geltend; die Aufwärtsbewegung ist ins Stocken geraten, die Lebhaftigkeit der Umsätze ist geschwunden und es bedarf eines neuen kräftigen Anreizes, um die drohende Lethargie zu überwinden. Einen solchen erhofft die Börse von der Ermäßigung des Bankdiskonts. Es wäre indessen recht unerwünscht, wenn das wohlfeile Geld nur den Erfolg hätte, das Spekulationsfieber von neuem anzufachen. Die gesamte wirtschaftliche Lage ist nicht danach angetan, einer Börsenhausse als Folie zu dienen. Schon die Entwicklung, welche sich in der Montanindustrie anbahnt, ist geeignet lebhafte Bedenken über die fernere Dauer der Konjunktur wachzurufen. Kritiklos, wie immer, hat die Börse die Verlängerung des Stahlwerkverbandes mit Begeisterung begrüßt. Und doch ist diese Verlängerung, welche sich darauf beschränkt, die Syndizierung der sogenannten A-Produkte in der bisherigen Form festzulegen, dagegen die Kontingentierung der B-Produkte freizugeben, in Wahrheit fast ein Aufgeben des Syndikatgedankens. Denn alle Schwierigkeiten, welche durch die Konkurrenz der verschiedenen Werke entstanden waren und fortdauernd neu entstehen, liegen auf dem Gebiet der weiter verarbeitenden Industrien, also auf dem dieser sogenannten B-Produkte. Hier zeigte sich der Gegensatz der Interessen zwischen den großen gemischten Betrieben und den sogenannten reinen Walzwerken auf das Deutlichste. Es ist nicht gelungen ihn zu überbrücken. Die Freigabe der Erzeugung und des Verkaufs von B-Produkten besiegelt die Überlegenheit der großen montanindustriellen Gebilde. Wenn ein jedes Kartell den Zweck verfolgte, die Schwächeren zu schützen und durch Organisation von Produktion und Verkauf lebensfähig zu erhalten, so ist offenbar, daß dieser Gedanke in der Stahlwerksindustrie nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Die Niesenunternehmungen, wie Phönix, Gelsenkirchen, Luxemburg, Thyssen haben kein Interesse mehr, durch eine Fesselung ihrer eigenen Kräfte schwächeren Konkurrenten beizustehen. Bei der Gründung und der ersten Verlängerung des Stahlwerkverbandes betrachtete man es in den Kreisen der Industrie als eine Hauptaufgabe des Verbandes, eine völlige Syndizierung, also eine Regelung nicht nur der Erzeugung, sondern auch des Verkaufs der Produkte anzustreben. Wie haben sich die Verhältnisse in der Zwischenzeit verschoben! Die gemischten Werke sind mittlerweile durch Fusionen und Neuanlagen größten Stiles zu einer solchen Entwicklung gelangt, daß ein jeder glaubt, den Konkurrenzkampf mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen zu können. Man kann auch nicht leugnen, daß in der Ausgestaltung dieser gemischten Betriebe, welche alle Stadien der Produktion, von der Kohlenförderung bis zur letzten Weiter-

verarbeitung in sich begreifen, ein wirtschaftlich richtiger Gedanke zum Durchbruch gekommen ist. Der gemischte Betrieb, das trustähnliche Gebilde, hat den Sieg erfochten, zwar unter dem Schutz des Verbandes, dessen Ideengang war, den Schwächeren und nicht den Großen zu stützen. Mit der Marktfreiheit aber, welche nunmehr die Großen proklamiert haben, werden vollständig veränderte und zurzeit nicht übersehbare Verhältnisse auf dem Markt der Fertigerzeugnisse geschaffen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Produktion an letzteren innerhalb der acht Jahre Verbandsherrschaft gewaltig gestiegen ist, ja, sich geradezu verdoppelt hat. Noch in jüngster Zeit sind fieberhafte Anstrengungen gemacht worden, die größten Neuanlagen zu schaffen, nach den neuesten Errungenschaften der Technik eingerichtet, und auf eine ungeheurere Steigerung der Produktionsfähigkeit berechnet. So die kolossalen Anlagen von Gelsenkirchen in Esch, von Thyssen in Hagendingen und der Burbacher Hütte in Düdelingen. Enorme Kapitalien sind in diesen Erweiterungsbauten investiert, erhebliche Kredite darin festgelegt worden. Welches Schicksal wird dieser künstlichen Expansionspolitik beschieden sein? Das Gespenst der Überproduktion taucht deutlich sichtbar am Horizont auf. Schwere Zeiten mögen der Eisenindustrie vielleicht bevorstehen.

Diese Unsicherheit über die nächste Zukunft der Wirtschaftskonjunktur wirft einen schweren Schatten auf das augenblicklich noch so glänzende Bild. Und leider fehlt es auch sonst nicht an dunklen Flecken. Die Lage der Kaliindustrie gibt, je länger je mehr zu schweren Befürchtungen Anlaß. Diese haben jüngst in dem Geschäftsbericht der Kaliwerke Aschersleben, einer der größten Gesellschaften, einen sehr bezeichnenden Ausdruck gefunden. Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß das Kaligesetz in der ihm vom Reichstag gegebenen Form einen Mißgriff darstellt. Die Bestimmungen des Gesetzes über die Neuzuteilungen von Quoten, welche bei Felderteilungen und Schachtneubauten beansprucht werden können, und daher auch jungen, sündig gewordenen Kaliwerken eine vorläufige Beteiligungsziffer gewährleisten, haben eine Prämie auf die Neugründung von Kaliwerken und die Niederbringung von Schächten geschaffen. Infolgedessen wurden auch die großen Werke zur Teilnahme an dieser Quotenjagd gezwungen und waren genötigt, neue Schächte ohne wirtschaftliches oder betriebstechnisches Bedürfnis zu bauen, nur um ihre Beteiligungsziffer nicht herabdrücken zu lassen. So ergibt sich, daß die Kosten eines Schachtbaues sich auf drei bis vier Millionen Mark belaufen, eine enorme und ganz unwirtschaftliche Investition von Kapital. Die große Vermehrung der Produktionsstätten hat ferner eine empfindliche Verminderung der auf das einzelne Werk entfallenden Quote zur Folge. Daher sind für Schachtbauten bereits mehr als eine Milliarde Mark verwendet worden. Während bei Erlaß des Gesetzes 76 Schächte gezählt wurden, werden nach Ablauf der ersten Karenzzeit deren über 200 vorhanden sein. Die auf das einzelne Werk entfallende Quote muß also gewaltig an Beteiligungswert verlieren, wenn es nicht gelingt, den Absatz derart zu steigern, daß in dessen Zunahme ein Ausgleich gefunden wird. Eine solche Absatzvermehrung erscheint aber den Beteiligten als ein Ding der Unmöglichkeit. Bisher wenigstens ist trotz aller Aufwendungen für die Propaganda nur ein Mehrabsatz von 600000 Doppelzentner für das letzte Jahr erzielt worden, während das vielfache nötig wäre, um einen Ausgleich gegen die Produktionssteigerung zu schaffen. Die Folgen dieser ungünstigen Ver-

Hältnisse sind am Markt der Kaliwerke deutlich zu spüren. Die Kurse der Kaliwerke sind gewaltig im Preis gesunken. Vielfach müssen die Besitzer das ganze eingezahlte Kapital verloren geben, ja es sind Fälle zu verzeichnen, in denen die Besitzer, um einer drohenden Zubuße verpflichtet zu entgehen, die Kurse unter einer Zuzahlung abgestoßen haben. Höchst bedenklich ist ferner die Überschwemmung des Publikums mit Obligationen neugegründeter Kaliwerke. Diese sind nach einem mehr und mehr eingerissenen Mißbrauch vielfach behufs Finanzierung der Schachtanlagen aus gegeben worden, während das Kapital durch Zubußeleistung der Banken hätte ausgebracht werden müssen. Trotz der formellen hypothekarischen Sicherheit stellen diese Kaliobligationen eine sehr fragwürdige Anlage dar. Sie sind denn auch schlechterdings nicht mehr anzubringen und große Posten dieser unrealisierbaren Werte dürften die Portefeuilles der Konzernbanken belasten. Das Schlimme ist, daß die Fehler einer solchen übereilten wirtschaftlichen Gesetzgebung sich nicht wieder ausgleichen lassen. Das natürliche Monopol Deutschlands, welches ihm eine glückliche geologische Formation beschert hat, droht sich daher infolge unwirtschaftlichen Gebahrens in einen Unsegen zu verwandeln. Spectator

Verantwortlich: der Herausgeber George Kleinow in Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Hedwigstr. 1a.
 Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Pfalzburg 5719, des Verlags: Amt Bülow 6510.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 36/37.

Dresdner Bank

Aktien-Kapital . . Mk. 200 000 000
Reservefonds . . Mk. 61 000 000

DRESDEN — BERLIN — LONDON

— BREMEN BRESLAU CASSEL FRANKFURT a. M. HAMBURG —
 HANNOVER LEIPZIG MANNHEIM MÜNCHEN NÜRNBERG STUTTGART

Altona, Augsburg, Bautzen, Beuthen O.-Schl., Bückeburg, Bunzlau, Cannstatt, Chemnitz, Corbach, Detmold, Emden, Eschwege, Frankfurt a. O., Freiburg i. Br., Fulda, Fürth, Gleiwitz, Göttingen, Greiz, Harburg, Heidelberg, Heilbronn, Kattowitz, Königshütte O.-Schl., Leer, Liegnitz, Lübeck, Meißen, Plauen i. V., Spandau, Stettin, Tarnowitz, Ulm, Wiesbaden, Zittau, Zwickau.

Annahme von Depositengeldern zur Verzinsung; An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Geldsorten, Devisen usw.

Einlösung von Coupons und Dividendenscheinen; Ausstellung von Schecks und Kreditbriefen;

Diskontieren und Einziehen von Wechseln und Schecks; Beleihung börsengängiger Wertpapiere und deren Versicherung gegen Kursverlust im Falle der Auslösung; Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren; Beschaffung und Unterbringung von Hypothekengeldern, Vermögensverwaltungen, Testamentsvollstreckungen, sowie alle sonstigen bankgeschäftlichen Transaktionen.

Vermietung von Stahlkammern